

Bürgerinitiative Villigst

Vertretung der Interessen der Grundstückseigentümer des Ortsteils Villigst

58239 Schwerte

Am Winkelstück 24

Buergerinitiative-villigst@web.de

10.11.2019

An den Präsidenten des
Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
17/2040**

Alle Abg

Für die Mitglieder des Ausschusses für
Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
(60-fach)

Straßenausbaubeiträge nach § 8 KAG

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

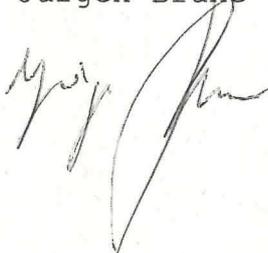
zur Information und Weiterleitung an die Mitglieder des
Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
Übersenden wir als Anlagen unsere Forderung zur Aufhebung
der Straßenausbaubeiträge nach dem KAG § 8 NRW.

Mit freundlichem Gruß

Bürgerinitiative Villigst

1.Vorsitzender
Jürgen Brune

2.Vorsitzende
Tanja Krell



Bürgerinitiative Villigst

Vertretung der Interessen der Grundstückseigentümer des Ortsteils Villigst

58239 Schwerte

Am Winkelstück 24

Buergerinitiative-villigst@web.de

An die Mitglieder des Ausschusses
für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen
des Landtags Nordrhein-Westfalen
40221 Düsseldorf

10.11.2019

Für die Abschaffung von Straßenausbaukosten gem. § 8 KAG NRW

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie alle wissen sollten, haben wir Grundstückseigentümer bereits einmal Straßenbaukosten bezahlt.

Jahrelang hat die Stadt Schwerte versäumt, nötige Reparaturen an der Straße „Am Winkelstück“ in Schwerte-Villigst durchzuführen.

Nun soll die Straße, deren Anlieger wir sind, ausgebaut werden und nur wir Anlieger mit den anteiligen Ausbaukosten gem. § 8 KAG belastet werden.

Das ist eine große Ungerechtigkeit, denn alle anderen Benutzer der Straße, der Schwerlastverkehr zu den Baustellen, der Durchgangsverkehr von und zu der Autobahn, etc. (in unserem Fall u.A. auch die Anwohner von 12 Nebenstraßen, die Ihr Zuhause nur über die Straße Am Winkelstück erreichen können) werden nicht zu den Ausbaukosten herangezogen.

Der Aussage, dass den Grundstückseigentümern durch den Ausbau wirtschaftliche Vorteile geboten würden, können wir nicht nachvollziehen, da es sich hier um reine Wohnhäuser und um kein Gewerbe handelt.

Das von Frau Ministerin Scharrenbach angekündigte Förderprogramm wird nicht ausreichen, allein die bei den Kommunen anfallenden Bürokratiekosten für die Änderung der Satzungen und des Umrechnungsaufwandes zu decken.

Der Herr Bundesfinanzminister Olaf Scholz will die Vergabe von Fördermitteln vereinfachen, da mehr als 15 Milliarden € wegen zu viel Bürokratie nicht abgerufen wurden.

Bitte setzen Sie sich für Ihre Wähler ein und plädieren Sie für die Abschaffung der Straßenausbaukosten gem. § 8 KAG NRW.

Mit freundlichem Gruß
Bürgerinitiative-Villigst

1. Vorsitzender Jürgen Brune 2. Vorsitzende Tanja Krel

